

## Antrag

**der Abgeordneten Jan Ralf Nolte, Carolin Bachmann, Marcus Bühl, Dr. Michael Ependiller, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Kay Gottschalk, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Jörn König, Barbara Lenk, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD**

### **Verunglimpfung unserer Bundeswehrsoldaten nicht länger dulden – Kommando Spezialkräfte voll rehabilitieren**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das im Baden-Württembergischen Calw stationierte Kommando Spezialkräfte (KSK) gehört als Spezialeinheit zur Speerspitze der Bundeswehr. Es wird weltweit für seine Professionalität geschätzt und hat sich auch in hochriskanten Einsätzen immer wieder bewährt. Besonders 2019 und 2020 geriet das KSK allerdings im Zusammenhang mit vermeintlichen Vorfällen aus dem Phänomenbereich des Rechtsextremismus in den Fokus deutscher und internationaler Berichterstattung. Schließlich wurde gar eine „Arbeitsgruppe Kommando Spezialkräfte“ gegründet, die ein Maßnahmenpaket mit 60 Punkten erarbeitete, das verschiedene Arbeitsbereiche des KSK neu regelte und als schärfste Maßnahme die Auflösung der 2. Kommandokompanie beinhaltete. Zeitweise sollen aufgrund dieses öffentlichen Drucks mehr als 100 KSK-Soldaten in psychologischer Behandlung gewesen sein. Besonders nach Kenntnis der endgültigen Prüfungsergebnisse des BAMAD und verschiedener Gerichtsurteile, die beschuldigte Soldaten gegen das BMVg erwirken konnten, muss dieses Vorgehen und die damit einhergehende weltweite Stigmatisierung des KSK als ungerechtfertigt angesehen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

1. die 2. Kommandokompanie zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder aufzustellen;
2. das KSK öffentlich zu rehabilitieren und klarzustellen, dass es niemals substantielle extremistische Bestrebungen oder gar extremistische Netzwerke innerhalb des KSK gegeben hat sowie;

3. eine bundeswehrweite, anonyme Befragung durchzuführen, die herausfinden soll, ob durch Aktionismus und Überreaktion ein Klima geschaffen wurde, das dazu geführt hat, dass Soldaten der Bundeswehr sich nicht mehr trauen, ihre demokratischen und staatsbürgerlichen Rechte voll auszuschöpfen.

Berlin, den 5. Mai 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## **Begründung**

Derzeit gibt es eine breite politische Mehrheit für eine Stärkung der Bundeswehr. Eine solche wird aber nicht nur durch gute Ausrüstung und Ausbildung, sondern auch durch eine hohe Motivation der Bundeswehrsoldaten erreicht. Für eine solche Motivation ist auch ein fairer und wertschätzender Umgang mit den Soldaten der Bundeswehr nötig. Gerade die Soldaten des KSK, die sich regelmäßig in extrem fordernden Einsätzen befinden, und auch sonst, etwa durch lange Abwesenheitszeiten von zuhause, ständig einem besonders hohen Druck ausgesetzt sind, haben eine solche Wertschätzung in der Vergangenheit aber nicht mehr erfahren. Während zwar floskelhaft betont wurde, das KSK nicht unter Generalverdacht stellen zu wollen, war genau dies der Effekt des politischen Aktionismus und der übertriebenen Formulierungen der vergangenen Jahre.

Immer wieder wurde von extremistischen Netzwerken, Schattenarmeen oder verbreitetem Rechtsextremismus im KSK gesprochen. Keine dieser Behauptungen konnte so bestätigt werden. Im Gegenteil kann man, gerade nach den Beratungen zu dieser Thematik im Verteidigungsausschuss, die noch im Beisein der letzten Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, erfolgten, fassungslos darüber sein, wie klar diese Beschuldigungen widerlegt wurden. Am Ende bleiben wohl zwei singuläre, klar kritikwürdige Vorgänge und gelegentliches Fehlverhalten Einzelner. Dies ist aber überall da, wo viele Menschen zusammenkommen, auch zu erwarten. Hier wäre eine Sanktionierung der entsprechenden Soldaten der richtige Weg gewesen.

Der politische Aktionismus der vergangenen Jahre allerdings basierte letztlich vor allem auf medialer Empörung und einer allgemeinen, politischen Mode, nach der konservative Positionen vorschnell zu rechtsextremistischen erklärt werden. Während ein emotionaler und hysterischer Politikstil ein Übel sein mag, mit der wir dieser Tage leben müssen, darf das BMVg sich in seinen Entscheidungen davon nicht beeinflussen lassen. Der Umgang mit den Soldaten der Bundeswehr darf einzig auf sauberen Ermittlungsergebnissen, Rechtsstaatlichkeit und Fairness beruhen. Die Auflösung der 2. Kompanie ist für ihre Angehörigen ein schwerer Schlag, den man, sofern man nur das zivile Leben kennt, ggf. nicht immer nachvollziehen kann. Gerade Soldaten, die gemeinsam regelmäßig extreme Belastungen durchleben und die viel Zeit im Dienst verbringen, beziehen viel Kraft aus Kompanie und Kameradenkreis. Dass zeitweise mehr als 100 KSK-Soldaten in psychologischer Behandlung waren, bezeugt, wie sehr dem KSK diese ungerechtfertigte Stigmatisierung zusetzte.

Für die gesamte Bundeswehr gilt, dass Soldaten, die nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen sich gewiss sein müssen, dass sie aus der Bundeswehr entfernt werden. Im KSK wurde aber eine Stimmung erzeugt, in der auf eine faire Behandlung durch den Dienstherrn nicht mehr vertraut werden konnte und sich jeder Soldat sorgenvoll fragen musste, ob nicht vor Jahren einmal irgendwo eine Formulierung gewählt habe, welche die Einordnung in die Kategorie „Orange“ des willkürlichen Farbschemas des BAMAD zur Folge haben und damit zum Ausschluss führen würde. Viele Soldaten mussten sich ihre Rechte gegen das BMVg hier mühevoll erstreiten.

Auch politische Entscheidungsträger müssen die Größe haben, Fehler wieder zu bereinigen. Deshalb muss das KSK rehabilitiert und darüber hinaus mithilfe einer anonymen Befragung geprüft werden, ob das Arbeitsklima im BMVg dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform noch gerecht wird.